

# **Arbeitsplätze – verraten und verkauft**

**Zur Empirie  
des Zusammenhangs von  
Freihandelspolitik und  
Beschäftigung**

Hrsg.: WEED & War on Want



**weed**

**Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung**  
**World Economy, Ecology & Development**

# Impressum

## Arbeitsplätze – verraten und verkauft

### Zur Empirie des Zusammenhangs von Freihandelspolitik und Beschäftigung

Deutsche Kurzfassung der Publikation: War on Want (Ed.):  
Trading Away Our Jobs. How free trade threatens employment around the  
world. London, 2009, Autoren: Graham Hobbs & Dave Tucker.  
Bezug: [www.waronwant.org](http://www.waronwant.org)

**Mitarbeit/Text der  
deutschen Fassung:**  
Wolfgang Pomrehn,  
Phil Hill (Übersetzung)

**Layout:** WARENFORM


**Druck:** PegasusDruck

Berlin, 2009

**Redaktion:**  
Peter Fuchs, Sue Hacker

Die Publikation entstand  
im Rahmen des  
Kooperationsprojektes „Decent  
Work, Trade and Development“  
von WEED, War on Want,  
Women in Development Europe  
(WIDE) und dem Evangelischen  
Entwicklungsdienst (EED).

**Herausgeber:**  
**Weltwirtschaft, Ökologie &  
Entwicklung e.V. (WEED)**  
Eldenaer Straße 60  
D-10247 Berlin  
Tel: +49 – (0)30 – 275 82 163  
Fax: +49 – (0)30 – 275 96 928  
Email: [weed@weed-online.org](mailto:weed@weed-online.org)  
[www.weed-online.org](http://www.weed-online.org)

Diese Publikation wurde mit finanzieller  
Unterstützung der Europäischen Union  
 erstellt. Für den Inhalt der  
Publikation ist alleine WEED  
e.V. verantwortlich; sie gibt nicht den  
Standpunkt der Europäischen Union  
wieder.

# Inhalt

<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>5</b>
<b>1. Einleitung - Der „Freihandel“: Weltweite Gefahr für die Beschäftigung.....</b>	<b>7</b>
<b>2. Die Handelsliberalisierung in Afrika .....</b>	<b>9</b>
<b>3. Die Handelsliberalisierung in Lateinamerika.....</b>	<b>11</b>
Chile.....	12
Brasilien .....	12
Mexiko .....	14
<b>4. Die Doha-Runde der WTO .....</b>	<b>15</b>
<b>5. „Global Europe“: Die neue Handelsstrategie der EU.....</b>	<b>18</b>
Die Handelsliberalisierung und Arbeitsplätze in Europa.....	21
<b>6. Fazit .....</b>	<b>24</b>
<b>Literatur.....</b>	<b>25</b>

# GELD

# IST

# NICHT

# ALLES.

**ZENSUR**



**Damit in unseren Publikationen alles steht,  
was wichtig ist. SPENDEN Sie für WEED**

Diese Broschüre ist nur für Sie kostenlos. Aber die Autoren, unser Büro und die Druckkosten müssen bezahlt werden. Kritische Informationen sind nie kostenlos. WEED benötigt Ihre finanzielle Unterstützung, um weiterhin kritische und unbequeme Broschüren und Hintergrundtexte erstellen zu können. Ihre Spende für WEED ist steuerlich absetzbar, denn wir sind ein gemeinnütziger Verein. Auf <http://www.weed-online.org/about/spenden.html> können Sie bequem online spenden.

**Besser als spenden: Werden Sie WEED-Mitglied!**

Als Mitglied helfen Sie, dass WEED politisch unabhängig, kritisch und unbequem bleibt. Darüber hinaus informieren wir Sie regelmäßig über unsere Arbeit, über politische Ereignisse, Entscheidungen und Hintergründe in der Nord-Süd- und Umweltpolitik. Sie erhalten monatlich den Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, ca. 4 – 6 Sonderdienste zu Spezialthemen, sowie einen Mitglieder-Rabatt auf alle Publikationen. Als WEED - Mitglied sind Sie vernetzt mit Aktiven und Fachleuten aus Politik, Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen.

Sie möchten Mitglied werden? Einfach den unten stehenden Coupon ausfüllen und an: WEED e.V., Eldenaer Str. 60, 10247 Berlin senden.

Ja, ich möchte WEED - Mitglied werden! Die Mitgliedschaft beginnt am: 01. \_\_\_\_\_ 200\_\_\_\_, ich zahle:

- 10,40 EUR pro Monat - Standard-Beitrag (124 EUR pro Jahr)
- 5,20 EUR pro Monat ermäßigt (62 EUR pro Jahr) - für StudentInnen, Arbeitslose, etc.
- 300,- EUR pro Jahr Förder-Beitrag (d.h. ich erhalte automatisch jede neue WEED-Veröffentlichung kostenlos, zu allen öffentlichen Veranstaltungen von WEED werde ich persönlich eingeladen.)
- Ich unterstütze WEED zusätzlich, indem ich jährlich \_\_\_\_\_ spende.

Zahlungsweise:  jährlich  halbjährlich (nur bei vorliegender Einzugsermächtigung)

Ich erteile WEED bis auf Widerruf eine Einzugsermächtigung für den Mitgliedsbeitrag:

Name der Bank: \_\_\_\_\_ Konto-Nr.: \_\_\_\_\_ Bankleitzahl: \_\_\_\_\_

- Ich bin damit einverstanden, die Einladung zur Mitgliederversammlung per E-Mail zu erhalten.
- Ich möchte den Informationsbrief W&E zusätzlich zur gedruckten Ausgabe als PDF per E-Mail erhalten.
- Mir genügt es, den Informationsbrief W&E nur als PDF per E-Mail zu erhalten.

Name, Vorname: \_\_\_\_\_ Straße, Hausnummer: \_\_\_\_\_

Postleitzahl, Ort: \_\_\_\_\_ E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

## Zusammenfassung

Die Welt durchläuft derzeit eine Krise, wie man sie seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre nicht mehr erlebt hat. Die gegenwärtige Rezession gefährdet Arbeitsplätze und Lebensunterhalt von Hunderten von Millionen Menschen – zusätzlich zu den Hunderten von Millionen, die ihren Lebensunterhalt bereits durch das neoliberale Marktmodell der Globalisierung verloren haben. Dennoch setzen die Politiker weiterhin auf den Grundsatz des so genannten freien Handels. Glaubt man ihren Reden, dann kann nur mit ihm die Weltwirtschaft wieder in Gang gebracht und Beschäftigungsmöglichkeiten für die Zukunft geschaffen werden.

Die vorliegende Literaturstudie stellt dagegen die bisherigen empirischen Erkenntnisse zur Wirkung von Liberalisierungs- und Freihandelspolitiken auf den Arbeitsmarkt zusammen. Mit Hilfe von Studien und Statistiken, die in dieser Form erstmals zusammen getragen wurden, wird gezeigt, wie in den vergangenen Jahren die Liberalisierung des Handels sowohl in Afrika als auch in Lateinamerika zu einem massiven Verlust von Arbeitsplätzen geführt hat – und damit ausgerechnet auf den beiden Kontinenten, die die Hauptlast früherer Versuche der so genannten Struktur- und anderer Freihandelspolitiken tragen mussten. Der Befund dieses Experiments deutet auf eine systematische Deindustrialisierung, auf Arbeitsplatzverluste und sinkende Löhne hin, deren Wirkung bis in unsere Tage fort dauert. Ganze Generationen wurden der Arbeitslosigkeit und Armut preisgegeben, zahlreiche Hoffnungen auf eine zukunftsfähige Entwicklung erstickten im Keim.

In Afrika südlich der Sahara hat die Liberalisierung des Handels zu Arbeitsplatzverlusten in einer ganzen Reihe von Ländern wie Kenia, Malawi, der Elfenbeinküste, Simbabwe und Marokko geführt. Sambia musste eine Verdoppelung der Arbeitslosigkeit erleben, im

formellen Sektor verschwanden zehntausende Arbeitsplätze. Dabei handelte es sich keinesfalls um kurzfristigen Verluste: Auch heute ist die übergroße Mehrheit der sambischen Arbeiterinnen und Arbeiter gezwungen, sich in der informellen Wirtschaft durchzuschlagen. 95% von ihnen verdienen zu wenig, um sich und ihre Familien über die Armutsschwelle von zwei US-Dollar pro Tag zu heben. In Ghana schrumpfte in den ersten acht Jahren der Handelsliberalisierung der Arbeitsmarkt im industriellen Bereich um 17%, für Frauen sogar um 22%.

Auch in Lateinamerika hat es einen ähnlichen Verlust an Arbeitsplätzen in der produzierenden Industrie als Folge der Handelsliberalisierung gegeben. Während der 1990er Jahre stieg die Arbeitslosigkeit in Lateinamerika von 7,6 Millionen auf 18,1 Millionen, so gut wie ausschließlich durch den Verlust bestehender Arbeitsplätze. Allein in Brasilien zeigte die arbeitsmarktpolitische Bilanz der Handelsliberalisierung von 1990 bis 1997 ein Minus von 2,7 Millionen Stellen. In Mexiko brachte zur gleichen Zeit der NAFTA-Freihandelsvertrag mit Kanada und den USA den Aufstieg des *Maquila*-Sektors mit sich, der eine verlängerte Billiglohn-Werkbank der USA entlang der gemeinsamen Grenze darstellt. Die Schattenseite waren enorme Arbeitsplatzverluste in der Landwirtschaft und im Verarbeitenden Gewerbe, sowie auch ein katastrophaler Absturz der Reallohne. Die Kaufkraft des Mindestlohns fiel von 1976 bis 2000 auf einen Fünftel ihres ursprünglichen Wertes.

Trotz dieser nachweisbaren Wirkung der Handelsliberalisierung fordern viele Politiker nach wie vor den schnellen Abschluss der so genannten Doha-Runde im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO). Mit dieser soll der Freihandel weltweit vorangetrieben werden. Der internationale Gewerkschaftsbund ITUC hat jedoch berechnet, dass die im Rahmen der Doha-Runde geforderten

Folgen des Freihandels:  
Deindustrialisierung,  
Arbeitsplatzverluste,  
sinkende Löhne.

## 6

Die EU-Strategie  
„Global Europe“ geht  
den falschen Weg

neuen Maßnahmen in den Entwicklungsländern Millionen von Arbeitsplätzen gefährden würden. Auch nach Einschätzung der EU würde ein Abschluss der Doha-Runde in der gegenwärtig vorgeschlagenen Form erhebliche Verluste an Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft, der Industrie und im Dienstleistungssektor der Entwicklungsländer nach sich ziehen.

Angesichts des wiederholten Zusammenbruchs der WTO-Verhandlungen setzt die EU inzwischen auf eine ergänzende Strategie neuer bilateraler Handels- und Investitionsverträge, um den Marktzugang für ihre Unternehmen zu erhalten und auszubauen. Die EU-Strategie des „Global Europe“ zielt auf eine noch größere Liberalisierung und Deregulierung des Handels als in der WTO vorgeschlagen („WTO-plus“-Abkommen). Auch hierzu prognostizieren selbst die eigenen Nachhaltigkeitsprüfungen der EU in der Folge starke Arbeitsplatzverluste. Man schätzt etwa, dass die vorgeschlagene Euro-Mittelmeer-Freihandelszone schon bald nach ihrem Inkrafttreten in Ägypten, Marokko, Algerien und Tunesien zum Zusammenbruch des verarbeitenden Gewerbes sowie zu dessen massiver Schrumpfung in Syrien, Jordanien und dem Libanon führen würde. Insgesamt gingen dort 3,4 Millionen Industriearbeitsplätze verloren. Ähnliches wird für die Mercosur-Länder in Südamerika sowie für Liberalisierungsabkommen mit China und Indien vorhergesagt.

Doch nicht nur die Handelspartner der EU werden die Auswirkungen zu spüren bekommen. Die EU-eigenen Nachhaltigkeitsprüfungen zeigen, dass die Liberalisierung des Handels auch hierzulande „Kündigungen im großen Maßstab“ sowie die Verschlechterungen

der Arbeitsbedingungen verursachen kann. Um diese negativen Wirkungen auszugleichen und die öffentliche Kritik gegen eine ungebremste Globalisierung abzufangen, hat die EU einen so genannten „Globalisierungsanpassungsfonds“ geschaffen. Aus diesem sollen Arbeiterinnen und Arbeiter entschädigt werden, die durch die Liberalisierung ihre Arbeitsplätze verlieren. Dieser Fonds ist zwar konzeptionell und finanziell völlig unzureichend, er macht aber deutlich: Ein starkes soziales Sicherheitsnetz ist selbst in den Industrieländern immer wichtiger, zumal hier im Jahr 2010 voraussichtlich mindestens 42 Millionen Menschen arbeitslos sein werden. In Entwicklungsländern ohne solche sozialen Auffangnetze stellt sich die Lage umso dramatischer dar.

Das Fazit dieser Untersuchung: Freihandel ist keine Lösung für die gegenwärtige Wirtschaftskrise. In einer Zeit rasch zunehmender Arbeitslosigkeit würde eine weitere Liberalisierung des Welthandels zusätzlich Arbeitsplätze gefährden. Das Modell des freien Marktes unterhöhlt die Möglichkeiten für gute Arbeitsplätze und für eine zukunftsfähige Entwicklung. Die deutsche und europäische Handelspolitik im Kontext der „Global Europe“-Strategie geht den völlig falschen Weg. Grundsatz der handelspolitischen Arbeit von WEED, seinen Partnerorganisationen War on Want, WIDE und EED sowie vieler Gewerkschaften, Handelsaktivisten und kritischer Wissenschaftler weltweit ist daher, dass sich Gesellschaften und Staaten den politischen Handlungsfreiraum (Policy Space) bewahren müssen, um Märkte und Unternehmen zu kontrollieren, den internationalen Handel zu steuern und sinnvolle Arbeit für alle zu ermöglichen.

# 1. Einleitung - Der „Freihandel“: Weltweite Gefahr für die Beschäftigung

Das Recht auf sinnvolle Arbeit ist ein Grundrecht und auch eine Voraussetzung für die Überwindung der Armut. Es wird allerdings durch die vorherrschende Freihandelspolitik, sowie verschärft durch die aktuelle Weltwirtschaftskrise, weltweit bedroht. Bis zu 200 Millionen Menschen könnten zusätzlich in die akute Armut abgedrängt werden. Im vorliegenden Bericht werden Daten über die Auswirkungen der Handelsliberalisierung auf die Arbeitsmärkte, insbesondere in Afrika und Lateinamerika, zusammengetragen und die zu erwartenden Auswirkungen der gegenwärtigen Welthandelsrunde und der jüngsten EU-Handelsverträge mit Ländern des Südens analysiert. Der Befund ist drastisch: Ganze Industriezweige könnten wegbrechen.

Der vorliegende Text ist Teil der Arbeit von WEED, seiner britischen Partnerorganisation „War on Want“ (Kampf gegen die Not) und vieler weiterer, die sich seit Jahren als Teil einer breiten Bewegung für ein gerechtes Welthandelssystem engagieren. Die derzeitige Weltwirtschaftskrise, ausgebrochen nach 30 Jahren marktradikaler Politik, gibt dieser Bewegung auf traurige Weise Recht. Hunderte von Millionen Menschen stehen heute vor dem Abgrund. Weit davon entfernt, daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, werden der Welt von den zuständigen Ideologen des freien Handels nun die gleichen verfehlten Prinzipien als Mittel zur Gesundung der Weltwirtschaft verordnet, die die Krise erst verursacht haben. Dass Arbeitsplätze der entscheidende Faktor sind, bestreitet niemand, dass der Weg hin zur Vollbeschäftigung lang und schwierig sein wird, ebenso wenig: Über 190 Millionen Menschen sind weltweit arbeitslos gemeldet, dazu kommen 1,2 Milliarden Arbeiter, die mit weniger als dem absoluten Armutslohn von zwei US-Dollar pro Tag auskommen müssen – zusammen vier von zehn Werktätigen weltweit, in Afrika und Südasien sogar 80%. Die meisten dieser geringbeschäftigten Menschen

sind von der Arbeitslosigkeit bedroht, Frauen und Jugendliche besonders akut.

Doch bereits vor der gegenwärtigen Krise war zu erkennen, dass die Heilsversprechen der Freunde des Freihandels sich als Seifenblasen erweisen. Immer wieder wurde verkündet, die Öffnung der Märkte für Importe und die Abschaffung von Handelsbarrieren sei der Schlüssel zum Wachstum. Tatsächlich ist aber in den 1980er und 1990er Jahren, also der Hochzeit der neoliberalen Globalisierung, die Weltwirtschaft deutlich langsamer expandiert als in den beiden Jahrzehnten davor. Entsprechend wurden auch kaum neue Arbeitsplätze geschaffen. In absoluten Zahlen hat sich in dieser Zeit die weltweite Arbeitslosigkeit und die Zahl der prekär Beschäftigten sogar erheblich vergrößert: Von 141 Millionen 1993 auf 190 Millionen 2007, bzw. von 1,338 Milliarden Beschäftigten in unsicheren und ungeschützten Arbeitsverhältnissen 1993 auf 1,485 Milliarden im Jahre 2007. Wachstum ohne neue Arbeitsplätze also. Und es kommt durch die Krise noch schlimmer: Für die Industriestaaten geht die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) von einer Zunahme der Arbeitslosigkeit um acht Millionen bis 2010 aus. Eine Weltbankstudie brachte es schon vor sechs Jahren auf den Punkt: „Die Globalisierung könnte daher mit höheren Arbeitslosenquoten verbunden sein.“ (Rama 2003)

Es gibt allerdings eine Ausnahme von der Regel, und das sind die asiatischen „Tigerstaaten“ sowie China. Allerdings bestätigt deren Erfolgsgeschichte die Regel, denn diese Länder haben sich bewusst der neoliberalen Orthodoxie entzogen. Japan, Südkorea, Taiwan, China, Indien und Vietnam haben jeweils hohe Zollmauern und andere Instrumente benutzt, um ihre Industrien aufzubauen. Ganz genau so hatten bereits im 18. und 19. Jahrhundert die westlichen Industriestaaten ihre Entwicklung vorangetrieben. Nicht zuletzt die USA und

Hohe Arbeitslosigkeit  
und Prekarität schon vor  
Weltwirtschaftskrise

# 8

Deutschland und USA:  
Erst strategische Handelspolitik  
nutzen - dann andere zu  
Freihandel & Patentschutz  
drängen.

Deutschland waren dafür berüchtigt, dass sie ihre zunächst schwache Industrie mit protektionistischen Methoden gegen die britische Konkurrenz verteidigten und auch keinerlei Skrupel hatten, britische Industrieprodukte ohne Lizenzgebühren und unter Missachtung des Patentrechts zu kopieren. Erst als die deutschen und US-amerikanischen Betriebe international konkurrenzfähig waren, wurden die Regierungen zu glühenden Anhängern des Freihandels und eines möglichst globalen Patentschutzes.

In Lateinamerika haben verschiedene Regierungen im 19. Jahrhundert wiederholt versucht, diesem Beispiel zu folgen, wurden daran aber durch militärische Interventionen und von außen gesteuerte Putsche immer wieder daran gehindert. Schon damals konnte man beobachten, wie in einem Land mit schwacher, kaum entwickelter Industrie das vorzeitige Einreißen der Zollmauern

zu Deindustrialisierung, zur „Entwicklung der Unterentwicklung“ führt, wie es der deutsch-amerikanische Soziologe André Gunder Frank einmal genannt hat. Um ähnliche Prozesse geht es in dieser Studie. Wir zeigen auf, wie der Freihandel in Afrika und Lateinamerika zu massiven Arbeitsplatzverlusten und sogar zur Deindustrialisierung geführt hat. Wir wollen auch die absehbaren Auswirkungen der aktuellen Handelspolitik unter die Lupe nehmen, von denen wir eine Ausweitung des Freihandels und einen weiteren Abbau von Rechten der Arbeiterinnen und Arbeiter auch innerhalb Europas erwarten. Der vorliegende Bericht kommt zum Schluss, dass sowohl die Daten der Vergangenheit als auch die offiziellen Prognosen für die Zukunft eine klare Verbindung zwischen der Handelsliberalisierung einerseits und massiven Arbeitsplatzverlusten andererseits belegen.



## 2. Die Handelsliberalisierung in Afrika

# 9

Zu Beginn der 1980er Jahren gerieten die afrikanischen Länder immer mehr in eine Zwickmühle. Auf der einen Seite hatten sie enorme Schuldenberge angehäuft, auf der anderen Seite waren sie abhängig von Entwicklungshilfe und Krediten der Weltbank. Die Industriestaaten nutzten diese Situation, um die afrikanischen Länder zur so genannten Strukturanpassung zu zwingen. Umgesetzt wurde die Politik über die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds (IWF). Auch der Abbau von Importbeschränkungen und Zöllen, also die Liberalisierung des Handels, gehörte zu dieser „Anpassung“. Das Ergebnis war zunehmende Armut und Arbeitslosigkeit, die versprochenen Arbeitsplätze blieben aus.

Die Zahl der Arbeiterinnen und Arbeiter, die täglich weniger als die zwei US\$ - die von der UNO definierte Armutsschwelle – verdienen, ist gegenüber 1997 um 50 Millionen gestiegen, der Abstieg in die informelle Wirtschaft und die damit einhergehende Unterbeschäftigung umfasst Dreiviertel der Bevölkerung und vom Rest haben viele „gefährdete Arbeitsplätze“. Bei den Frauen sind es sogar 85%, wobei hier zusätzlich viele als unbezahlte Familienarbeiter gelten. Insgesamt verfügt die Mehrheit der afrikanischen Arbeitnehmer über ein Einkommen von weniger als 1,25 US\$ pro Tag.

Verflogen ist längst die Euphorie der 1960er Jahre, als in der Zeit nach der Unabhängigkeit zunächst tatsächlich Fortschritte bei der Beschäftigungsentwicklung zu verzeichnen waren. In vielen Ländern stieg bis 1980 die Wirtschaftsleistung, das so genannte Pro-Kopf-BIP. Doch damals tobte der Kalte Krieg, in vielen Teilen Afrikas sogar sehr heiß, er hinterließ einen enormen Schuldenberg und einen Sumpf von Unterdrückung, die Entwicklungsbemühungen lähmten. Die dann von IWF und Weltbank verordneten Strukturanpassungsprogramme, einschließlich der Handelslibe-

ralisierung, taten ein Übriges. In Dreiviertel der 24 Länder in Afrika südlich der Sahara, denen derlei Programme aufgezwungen wurden, fiel das Pro-Kopfeinkommen während der 1980er Jahre. Das Wachstum der Beschäftigung in der formellen Wirtschaft verlangsamte sich von jährlich 2,8% zwischen 1975 und 1980 auf nur noch 1% in den 80er Jahren. Frauen und Jugendliche waren am schwerwiegendsten betroffen. Das verarbeitende Gewerbe stagnierte oder schrumpfte sogar, hier fiel das Beschäftigungsniveau jährlich um 0,5%. Viele Menschen mussten aufgrund dieser Politik die Dörfer verlassen und strömten in die Städte, um dort Arbeit zu suchen, die es nicht gab. Es wuchsen die Slums, die Bedingungen in den verbliebenen Arbeitsplätzen verschlechterten sich zunehmend.

In **Malawi** wuchs das verarbeitende Gewerbe und die dortige Beschäftigung tatsächlich in den zwei Jahren nach der Einführung der Handelsliberalisierung im Jahre 1988. Danach stagnierte die Zahl der Arbeitsplätze, die Produktion und das Realeinkommen brachen aber zwischen 1990 und 1995 ein. Die Textilien-, Bekleidungs-, Seifen-, Reinigungsmittel-, Speiseöl- und Geflügelbetriebe konnten dem Wettbewerb der ausländischen Importe nicht standhalten. Die verarbeitende Industrie, die in den frühen 1990er Jahren über 20% des BIP ausgemacht hatte, fiel bis 2004 auf nur noch 10,7%. Ähnlich erging es zuvor der **Elfenbeinküste**. Die Folgen der bereits 1981 eingeführten Anpassungsprogramme waren dort schon Mitte der 80er Jahre zu spüren. Auch in **Marokko** gab es ähnliche, wenn auch weniger drastische Auswirkungen, die immerhin zum Teil vom halbstaatlichen Sektor aufgefangen werden konnten. In den viel ärmeren Ländern weiter südlich bestand eine solche Option allerdings nicht einmal im Ansatz.

In **Ghana** wurde der Handel schon 1983 liberalisiert und hatte für einige

Strukturanpassung führte zu Arbeitslosigkeit.

Ghana, Simbabwe, Sambia:  
Beschäftigungsverluste nach  
Zollabbau

Branchen, die als Motor der Industrialisierung fungierten, verheerende Folgen. Die Textilindustrie etwa war plötzlich mit preiswerten Importen aus Asien mit relativ hoher Qualität konfrontiert. Zusätzlich machten ihr gutgemeinte Kleidungs Spenden aus den reichen Ländern zu schaffen. Das Ergebnis: Diese Industrie brach genauso zusammen wie die Branchen Druck und Papier, die in den Jahren 1986 bis 1990 24% ihres Umsatzes einbüßte, Elektromaschinen (49%) und Eisen (87%). Zwischen 1985 und 1990 ging der Anteil der Produktion am BIP von 11,5% auf 9,2% zurück, von 1984 bis 1992 fiel die Beschäftigung in der Industrie um 17%, ein Nettoverlust von 115.000 Arbeitsplätzen. Bei den Frauen fiel die Beschäftigung sogar um 22%.

In **Simbabwe** wurden ab 1990 die Einfuhrkontingente abgeschafft und das durchschnittliche Zollniveau von 20% auf 16% reduziert. Wegen der Einfuhr von Fertiggütern konnten viele auf den Binnenmarkt orientierte Firmen nicht mehr gewinnbringend wirtschaften, auch eine schwere Dürre im Jahre 1992 traf die Wirtschaft empfindlich. Die Liberalisierung der Finanzbranche ließ die Zinssätze steigen, gleichzeitig sanken die Reallöhne. Das Wachstum der Fertigungsindustrie von 39% im Jahrzehnt vor den Reformen wandelte sich in den ersten drei Jahren nach den Reformen in eine Schrumpfung um 14% um. Hatte es in den fünf Jahren vor den Reformen eine Zunahme der Beschäftigung um 2,4% sowie der Reallöhne um 1,2% gegeben, so ging dieses Wachstum

in den fünf Jahren nach den Reformen auf 1,3% zurück und die Reallöhne schrumpften drastisch um knapp 10% pro Jahr. Im verarbeitenden Gewerbe ging die Beschäftigung in einem Zeitraum von sechs Jahren sogar um 11,5% zurück und das Lohnniveau um 29%. Zehn Jahre nach der Einführung der Reformen waren mehr als 60% aller Arbeiter nur noch im informellen Sektor tätig.

In **Sambia** wurde der Höchstzoll Mitte der 1980er Jahre auf 100% reduziert und die meisten Quoten für Importe entfernt. Innerhalb von fünf Jahren fiel die Beschäftigung um ein Viertel, das entspricht einem Verlust von gut 62.000 Arbeitsplätzen und einem Abbau des Lohnniveaus im formellen Sektor um 14% – bei den Männern in der Privatwirtschaft sogar um 20%. Wegen der resultierenden Unruhen musste das Reformprogramm eingestellt werden, doch schon Anfang der 90er Jahre begann eine zweite Phase der Liberalisierung des Handels. Innerhalb von fünf Jahren wurde der Höchstzoll von 100% auf nur noch 25% abgesenkt. Auch diesmal war das Ergebnis ähnlich: Die Beschäftigung im formellen Sektor fiel um beinahe ein Viertel in den 12 Jahren nach Einleitung der Reformen, mehr als 127.000 Arbeitsplätze gingen verloren. Besonders schwer traf es das verarbeitende Gewerbe, wo die Zahl der Beschäftigten um fast die Hälfte sank: von 75.400 auf etwa 39.000. 20 Jahre nach Einleitung des Reformprogramms verdienen 95% der Arbeiter weniger als die 2 US\$ pro Tag und 76% haben sogar weniger als einen US\$ pro Tag zur Verfügung.

# 3. Die Handelsliberalisierung in Lateinamerika

Die neoliberale Politik in Lateinamerika hat ihren Ursprung in den 1970ern, in den von den USA gestützten Militärdiktaturen wie dem Pinochet-Regime in Chile. In den frühen 1980er Jahren kam es zu einer Schuldenkrise. Multinationale Banken hatten den Ländern massenweise günstige Kredite aufgedrängt, doch dann kam es zu einer plötzlichen scharfen Erhöhung der Zinssätze – eine Folge des schon damals riesigen Haushaltsdefizites der USA. In der Folge konnten die lateinamerikanischen Staaten vom IWF und den US-Banken zur Annahme von neoliberalen Wirtschaftspolitiken gezwungen werden, insbesondere um die Realeinkommen zu verringern und die Ausbeutung der Arbeitskräfte zu erleichtern.

Eine weitere Welle neoliberaler Reformen Ende der 1980er bis Anfang der 90er Jahre führte zum Abbau von Handelsschranken in Argentinien, Peru, Brasilien und Bolivien, was dort schwere Unruhen hervorrief. 1993 richteten die USA, Kanada und Mexiko die Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA) ein, die zum Modell für weitere regionale bzw. bilaterale Handelsabkommen wurde, etwa die DR-CAFTA, die Mittelamerika und die Dominikanische Republik umfasst, oder die Verträge der USA mit Chile, Kolumbien, Panama und Peru. Endziel war für die USA eine panamerikanische Freihandelszone mit allen Ländern der Region außer Kuba, angesichts des wachsenden Selbstbewusstseins in der Region sind diese Pläne inzwischen jedoch in weite Ferne gerückt.

In der lateinamerikanischen Bevölkerung hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten starker Widerstand gegen die Folgen der neoliberalen Reformen entwickelt. Zu den Widerstandsbewegungen gehören die der landlosen Agrararbeiter (MST) in Brasilien, das Bündnis indigener Völker Ecuadors (CONAIE), die Zapatistenbewegung in Mexiko, die Bewegungen der Koka-Bauern und der Gegner der Wasserprivatisierung bzw.

der Gaspipelines in Bolivien, die Bewegung der Afrokolumbianer gegen Verdrückung durch Auslandsinvestitionen, sowie die Piquetero-Erhebungen der Arbeiter und der Armen in Argentinien zur Zeit der Finanzkrise. Auch die Gewerkschaften sind aktiv und haben sich zum Gewerkschaftsbündnis der Amerikas vereinigt. In weiteren internationalen Bündnissen, wie etwa der Hemisphärischen Sozialallianz (Alianza Social Continental) arbeiten Gewerkschaften, NGOs und soziale Bewegungen zusammen gegen Freihandelsabkommen und neoliberale Politik.

Eine Analyse der Auswirkungen der Handelsliberalisierung in 18 Ländern Lateinamerikas und der Karibik zwischen 1970 und 1996 ergibt, dass die Senkung des durchschnittlichen Zollniveaus von 32% im Zeitraum 1980 bis 85 auf 14% in den Jahren 1991 bis 95 zum Abbau von Industriearbeitsplätzen von bis zu 5,8% in Lateinamerika insgesamt geführt hat. Die allgemeine Arbeitslosenquote in der Region stieg von 4,6% (= 7,6 Millionen) auf 8,6% (= 18,1 Millionen), so gut wie ausschließlich durch den Verlust vorhandener Stellen. Ein weiteres Ergebnis war ein zunehmendes Lohngefälle. Aus einer UN-Studie: „Die Ermittlungen auf regionaler Basis (...) lassen vermuten, dass eine deutliche Verschlechterung des Einkommensspektrums als das ‚normale‘ Ergebnis betrachtet werden muss.“ (UN Economic Commission for Latin America and the Caribbean 2002)

Auch eine Analyse der Auswirkungen der IWF-Programme in diesen Ländern in der Zeit von 1965 bis 1981 ergibt eine starke und konsistent negative Auswirkung auf den Anteil der Arbeitslöhne am Nationaleinkommen – eine Tendenz, die weiter anhält (Pastor 1987). Zwischen 1997 und 2002 wuchs die Anzahl der Menschen in gefährdeten Arbeitsverhältnissen um mehr als 4% pro Jahr, heute befinden sich ein Drittel aller Arbeiterinnen und Arbeiter in

Neoliberalismus und Beschäftigungsabbau in Lateinamerika

# GELD IST NICHT ALLES.

ZENSUR

Damit in unseren Publikationen alles steht,  
was wichtig ist. **SPENDEN Sie für WEED**



Diese Broschüre ist nur für Sie kostenlos. Aber die Autoren, unser Büro und die Druckkosten müssen bezahlt werden. Kritische Informationen sind nie kostenlos. WEED benötigt Ihre finanzielle Unterstützung, um weiterhin kritische und unbequeme Broschüren und Hintergrundtexte erstellen zu können. Ihre Spende für WEED ist steuerlich absetzbar, denn wir sind ein gemeinnütziger Verein. Auf <http://www.weed-online.org/about/spenden.html> können Sie bequem online spenden.

#### Besser als spenden: Werden Sie WEED-Mitglied!

Als Mitglied helfen Sie, dass WEED politisch unabhängig, kritisch und unbequem bleibt. Darüber hinaus informieren wir Sie regelmäßig über unsere Arbeit, über politische Ereignisse, Entscheidungen und Hintergründe in der Nord-Süd- und Umweltpolitik. Sie erhalten monatlich den Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, ca. 4 – 6 Sonderdienste zu Spezialthemen, sowie einen Mitglieder-Rabatt auf alle Publikationen. Als WEED - Mitglied sind Sie vernetzt mit Aktiven und Fachleuten aus Politik, Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen.

Sie möchten Mitglied werden? Einfach den unten stehenden Coupon ausfüllen und an: WEED e.V., Eldenaer Str. 60, 10247 Berlin senden.

Ja, ich möchte WEED - Mitglied werden! Die Mitgliedschaft beginnt am: 01. \_\_\_\_\_ 200\_\_\_\_, ich zahle:

- 10,40 EUR pro Monat - Standard-Beitrag (124 EUR pro Jahr)
- 5,20 EUR pro Monat ermäßigt (62 EUR pro Jahr) - für StudentInnen, Arbeitslose, etc.
- 300,- EUR pro Jahr Förder-Beitrag (d.h. ich erhalte automatisch jede neue WEED-Veröffentlichung kostenlos, zu allen öffentlichen Veranstaltungen von WEED werde ich persönlich eingeladen.)
- Ich unterstütze WEED zusätzlich, indem ich jährlich \_\_\_\_\_ spende.

Zahlungsweise:  jährlich  halbjährlich (nur bei vorliegender Einzugsermächtigung)

Ich erteile WEED bis auf Widerruf eine Einzugsermächtigung für den Mitgliedsbeitrag:

Name der Bank: \_\_\_\_\_ Konto-Nr.: \_\_\_\_\_ Bankleitzahl: \_\_\_\_\_

- Ich bin damit einverstanden, die Einladung zur Mitgliederversammlung per E-Mail zu erhalten.
- Ich möchte den Informationsbrief W&E zusätzlich zur gedruckten Ausgabe als PDF per E-Mail erhalten.
- Mir genügt es, den Informationsbrief W&E nur als PDF per E-Mail zu erhalten.

Name, Vorname: \_\_\_\_\_ Straße, Hausnummer: \_\_\_\_\_

Postleitzahl, Ort: \_\_\_\_\_ E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

solch prekären Situationen. Frauen sind besonders ungeschützt, da „viele der im Dienstleistungssektor geschaffenen Arbeitsplätze unsicherer sind und wahr-

scheinlich auch mit niedrigeren Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen verbunden sind.“(ILO 2008)

## Chile

Die Handelsliberalisierung in Chile zwischen 1975 und 1977 verursachte einen massiven Verlust an Industriearbeitsplätzen, wie er aus Tabelle 1 hervorgeht. Arbeiter in jenen Sektoren, die mit der größten Absenkung der Zölle konfrontiert waren, waren auch am ehesten von Arbeitslosigkeit betroffen. Diese ungünstigen Auswirkungen bestanden auch nach der Einführungsphase fort. Innerhalb von nur sieben Jahren brach die Beschäftigung in der Industrie um 23 bis 24% ein, also um 3,7 bis 3,9% pro Jahr, in den 1960er Jahren war sie um 2,9% pro Jahr gestiegen. Innerhalb von 11 Jahren nach den

Reformen ging der Anteil der Industriearbeit am Arbeitsmarkt von 19,4% auf 14,2% zurück, ihr Anteil am BIP fiel von 25,1% auf 20,6%. Von 1974 bis 1989 lag die Arbeitslosigkeit durchschnittlich bei 14,5%, zwischen 1965 und 1970 hatte sie bei 6,1% gelegen und war in der Zeit der arbeiterfreundlichen Regierung Salvador Allende (1971-73) auf 4,6% gesunken. Allende wurde 1973 von Militärs gestürzt und ermordet, die Gewerkschaften und Arbeiterparteien verboten und anschließend das neoliberale Programm durchgesetzt.

**Tabelle 1: Auswirkung der Handelsliberalisierung auf den Arbeitsmarkt Chiles, 1975-77**

	Beschäftigung, 1975	Geschätzte kurzfristige Auswirkung der Tarifsenkung auf den Arbeitsmarkt
Lebensmittel, Getränke, Tabak, Textilien und Lederprodukte	191.000	-57,000
Holzerzeugnisse, Möbel, Papierprodukte	56.000	-15,000
Nicht-metallische mineralische Produkte	54.000	-13,000
Metallische Grundindustrien	24.000	-3,000
Chemikalien und Produkte aus Öl, Kohle und Gummi	39.000	-9,000
Metallische und metallurgische Industrien	109.000	-32,000
<b>Gesamt</b>	<b>473.000</b>	<b>-129,000</b>

Quelle: Edwards, S.: 1982: Trade Liberalization, Minimum Wages and Employment in the Short Run: Some Reflections based on the Chilean Experience, UCLA Department of Economics, Los Angeles.

## Brasilien

1990 begann Brasilien, seinen Markt zu öffnen. Zölle und andere Handelsbarrieren wurden abgebaut, 1995 wurde die MERCOSUR-Zollunion mit Argentinien, Paraguay und Uruguay geschaffen. Nach einer Verschlechterung der Handelsbilanz 1995 und politischem Druck von „Verlierern“ der Handelsliberalisie-

rung wurden diese Maßnahmen zwar in geringem Maße rückgängig gemacht, in den späten 1990ern aber wieder verschärft. Aufgrund dieser Reformen wurde die Beschäftigung zwischen 1990 und 1997 um 4,3% (= 2,7 Millionen Stellen) abgebaut, die Arbeitslosigkeit nahm von 3,7% auf 9,6% zu, wobei Frauen am

schlimmsten betroffen waren. Vor den Handelsreformen war die Arbeitslosenquote während der 1980er Jahre von 4,3% auf 3,7% gesunken. Auch in Brasilien ging die Liberalisierung mit einer Deindustrialisierung einher: Während der 1990er Jahre schrumpfte der Anteil der Industrie am BIP von 39% auf 26%, die Beschäftigung ging in den arbeitsintensiven Firmen um 7,3%, in den kapitalintensiven um 15,7% zurück, d.h. von 9,4 Millionen Arbeitsplätze

im Jahre 1990 auf 8,3 Millionen 1999. Im vorhergehenden Jahrzehnt hatte es hingegen einen Anstieg der Industriearbeitsplätze um 2,6 Millionen gegeben. Die Realeinkommen fielen von 1994 bis 2000 um ein Drittel, wobei der Rückgang bei den Männern noch stärker war als bei den Frauen. Die schwersten Auswirkungen waren in den Branchen mit höherer Wertschöpfung zu verzeichnen.

Handelsliberalisierung und Beschäftigungsabbau in Brasilien

**Tabelle 2: Auswirkung des Handelsliberalisierung auf Beschäftigung in der Verarbeitenden Industrie; Brasilien 1990-97**

	Änderung der Beschäftigung (%)
<b>Kapitalintensive Industrien</b>	
Elektronik	-40,8
Industrielle Ausrüstung & Maschinen	-30,3
Autos, Lastwagen und Busse	-23,5
Motor- und Fahrzeugteile	-15,4
Elektrisch getriebene Geräte	-14,9
Textilien	-12,7
Plastik	-12,0
Erdöl	-11,7
Buntmetalle	-8,5
Pharmaka	-7,9
Verschiedene chemische Produkte	-7,9
Gummi	-7,9
Stahl	-7,2
Nichtmetallische Mineralien	-2,1
<b>Arbeitsintensive Industrien</b>	
Bekleidung	-11,1
Sonstige Metallprodukte	-6,8
Papier	-1,8
Sonstiges	-1,5
Holz und Möbel	2,1
Schuhe	12,1

Quelle: Mesquita Moreira, M./Najberg, S. 2000: Trade Liberalisation in Brazil: Creating or Exporting Jobs?, in: Journal of Development Studies, No. 36, 3.

## Mexiko

Die mexikanische Sozialpolitik wurde ab 1976 demontiert, ein radikales Programm der Handelsliberalisierung folgte ab 1985. Importlizenzen wurden so gut wie abgeschafft und die Zölle stark reduziert. Mit dem Beitritt zur NAFTA im Januar 1994 wurden schrittweise fast alle Zölle zwischen den NAFTA-Mitgliedsstaaten entfernt (USA, Kanada, Mexiko), was Mexiko am härtesten traf, da es bis dahin die höchsten Zollschränken gehabt hatte. Die den Mexikanern versprochenen Vorteile des bevorrechtigten Zugangs zum US-Markt blieben hingegen teilweise aus. Strenge Herkunftsregeln schränken stark ein, was als „Made in Mexico“ bezeichnet werden darf. Andererseits fließen auch mit den NAFTA-Verträgen die landwirtschaftlichen Subventionen in den USA munter weiter. Mexikanische Bauern müssen also nun mit hochsubventionierten US-Farmern konkurrieren.

Die Realeinkommen gingen während der gesamten Liberalisierungsphase 1985 bis -88 zurück. Laut Statistiken der Weltbank verursachte die durchschnittliche Zollsenkung um 20 Prozentpunkte im Landesdurchschnitt einen Verlust bei den Realeinkommen von 5% bis 6% und um viel mehr in den am stärksten betroffenen Branchen. War die Lohnungleichheit in den Jahrzehnten vor 1985 gefallen, so schnellte sie mit der Liberalisierung dramatisch in die Höhe. Entsprechend hat sich der Anteil der Löhne und Gehälter am mexikanischen BIP seit 1976 halbiert. Während das Wachstum der Löhne von 1950 bis 1976 mit dem der Produktivität Schritt hielt, stagnierte der Durchschnittslohn zwischen 1976 und 2000, obwohl die Produktivität um etwa 80% zunahm. Das Realeinkommen vieler Mexikanerinnen und Mexikaner ist seit dem NAFTA-Beitritt gesunken.

Die Liberalisierung wurde zum großen Teil mit der Aussicht auf zusätzliche Beschäftigung aus den USA gerechtfertigt, über den so genannten „Maquila-Sektor“ also, der mit importierten Rohstoffen Waren wie Elektronik und Bekleidung für den Export produziert. Allerdings wurde dieser Zuwachs durch den Verlust von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft wieder aufgehoben,

die von 8,1 Millionen in den frühen 1990ern auf etwa sechs Millionen im ersten Quartal 2006 zurückgingen. Zudem ist der Maquila-Sektor durch schlechte Arbeitsbedingungen, niedrige Löhne und systematische Verletzungen der Arbeitnehmerrechte gekennzeichnet. Zwar stieg die Beschäftigung in diesem Sektor zwischen 1982 und 2000 rasch an, die Realeinkommen sanken aber gleichzeitig um gut 20%. Außerdem war dieser Gewinn an Arbeitsplätzen alles andere als sicher. Ab 2001, als China der WTO beitrug und die mexikanischen Sonderrechte in den USA teilweise wegfielen, verschwanden viele Maquila-Firmen Richtung Fernost – innerhalb nur eines Jahres ein Maquila-Unternehmen von sieben. Bis 2005 verloren mehr als 300.000 Menschen ihren Arbeitsplatz. Noch schlechter erging es zuvor schon den anderen Sektoren. Vor der Liberalisierung hatte das verarbeitende Gewerbe ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 4% verzeichnet. Von 1981 bis 1990 verzeichneten diese „alten“ Sektoren hingegen einen durchschnittlichen Rückgang von 1% pro Jahr. 140.000 Arbeitsplätze verschwanden in diesen Branchen zwischen 1995 und 2006. Die Realeinkommen wurden von 1981 bis 1999 halbiert; der Wert des Mindestlohns schrumpfte von 1976 bis zum Jahre 2000 auf nur noch einen Fünftel seines ursprünglichen Wertes.

Im November 2001 hielt die WTO ihre alle zwei Jahre stattfindende Ministerkonferenz in Doha, der Hauptstadt des Emirates Katar am Persischen Golf ab. Die Atmosphäre war nach den Anschlägen vom 11.9.2001 und der im Oktober 2001 begonnenen Invasion Afghanistans äußerst gespannt. Zudem hatte man sich das autoritäre Scheichtum als Tagungsort ausgesucht, da dort nicht mit Protesten zu rechnen war. Unter starkem Druck der USA und der EU kam man überein, eine neue multilaterale Welthandelsrunde zu starten, die so genannte „Doha-Runde“. Noch zwei Jahre zuvor war dieses Vorhaben auf einer ähnlichen Konferenz im US-amerikanischen Seattle am starken Widerstand der Entwicklungsländer und begleitet von heftigen öffentlichen Protesten gescheitert. Die Entwicklungsländer wünschten sich von der Doha-Runde, dass sich diese einiger ihrer besonders wichtigen Anliegen annimmt: Erstens der landwirtschaftlichen Subventionen in der EU und den USA und zweitens der Auswirkungen der vorherigen Runde der Handelsliberalisierung (Uruguay-Runde), die 1994 mit den WTO-Verträgen eingeläutet wurde. Insofern sahen sich die Industriestaaten genötigt, die in Doha begonnenen Verhandlungen den Titel „Entwicklungsrunde“ zu geben - in ihrem harten Kern und tatsächlichen Verhandlungsverlauf aber haben diese herzlich wenig mit der Förderung von „Entwicklung“ zu tun. Die WTO kehrte schnell zur vertrauten Tagesordnung der „Marktöffnung“ zurück, also der sukzessiven Durchsetzung von Freihandel. Die Verhandlungen brachen allerdings seither wiederholt zusammen, da die Entwicklungsländer sich dagegen wehren, ihre Industrie-, Landwirtschafts- und Dienstleistungsmärkte zu öffnen, ohne dass andererseits das Agrardumping der EU und USA beendet und weitere Entwicklungsanliegen des Südens wirklich aufgegriffen werden.

Durch die Doha-Runde sind auch Arbeitsplätze in Gefahr. Gut 140 Gewerkschaften, Gewerkschaftsbündnisse, Nichtregierungsorganisationen und Kampagnengruppen aus aller Welt lancierten im Vorfeld der WTO-Ministerkonferenz von Hongkong 2005 den Aufruf „Stoppt die WTO-Verhandlungen! Rettet Arbeitsplätze!“, wobei sie auch auf die massiven Verluste an Jobs hinwiesen, die sich aus den bereits gültigen WTO-Vereinbarungen über Handel und Investitionen schon ergeben hatten ([www.world-psi.org](http://www.world-psi.org)). Aber es könnte noch schlimmer kommen: Nach Berechnungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes (ITUC) werden durch die geplante erhebliche Reduzierung von Zollsätzen 7,5 Millionen Industriearbeitsplätze in Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Costa Rica, Indonesien, Mexiko, den Philippinen, Tunesien und Uruguay bedroht. Vor dem Zusammenbruch der Verhandlungen im Juli 2008 gaben die nationalen Gewerkschaftsbünde Südafrikas, Brasiliens, Argentiniens, Mexikos, Costa Ricas, der Philippinen und Indiens eine Stellungnahme heraus, die die „massiven Arbeitsplatzverluste in den Entwicklungsländern“ verurteilte, die sich aus den Verhandlungen für weitere Marktöffnungen im Nicht-Agrarbereich ergeben würden. In Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Mexiko und Uruguay geht es hierbei vor allem um die Branchen Textilien/Beleidung, Schuhe/Lederwaren, Autos und Möbel (siehe Tabelle 3). Im Falle Mexikos geht es um das Absenken der Zollsätze um 54%, wodurch 1,2 Millionen Arbeitsplätze bedroht wären. In Brasilien ist eine Zollsenkung um 21% für Autos vorgesehen, wodurch 321.000 Stellen in Gefahr sind.

Gewerkschaften warnen vor Jobverlusten als Folge der WTO - Welthandelsrunde.



**Tabelle 3: Beschäftigung und geforderter Zollabbau in vier Industriebranchen in fünf lateinamerikanischen Ländern**

	Beschäftigung	Reduzierung der gebundenen Zollsätze (%)	Reduzierung der angewandten Zollsätze (%)
<b>Argentinien</b>			
Textilien u. Bekleidung	92.507	54	10-19
Schuhe u. Lederwaren	51.695	54	19
Automobile	40.900	keine	keine
Möbel	27.208	54	9
<b>Brasilien</b>			
Textilien u. Bekleidung	799.662	54	7
Schuhe u. Lederwaren	393.184	54	18
Automobile	321.445	51	21
Möbel	294.324	52	13
<b>Kolumbien</b>			
Textilien u. Bekleidung	119.978	54-57	10-14
Schuhe u. Lederwaren	14.337	54	18-19
Automobile	4.756	54	36
Möbel	12.954	54	9
<b>Mexiko</b>			
Textilien u. Bekleidung	972.500	54	48-54
Schuhe u. Lederwaren	234.200	54	54
Automobile	522.600	57	0
Möbel	379.900	54	5
<b>Uruguay</b>			
Textilien u. Bekleidung	10.892	54	19-22
Schuhe u. Lederwaren	3.846	53-54	19-20
Automobile	919	53	0
Möbel	1.415	52	12

Hinweis: Die Berechnungen des Zollabbaus basiert auf einer Schweizer Formel mit dem Koeffizienten 30.

Quelle: *NAMA Tariff Simulations for Labour Intensive Non-Agricultural Sectors*, ITUC, 2006

Selbst EU-Analysen prognostizieren Jobverluste in Entwicklungsländern als Folge der WTO-Runde.

Eine von der EU-Kommission beauftragte Nachhaltigkeitsanalyse der WTO-Verhandlungen prognostiziert ebenfalls schwerwiegende Arbeitsplatzverluste in den Entwicklungsländern aufgrund der Doha-Runde. Sogar Südafrika, einem vermeintlichen „Globalisierungsgewinner“, trübe ein umfangreicher Arbeitsplatzabbau in den Branchen Textilien, Schuhe/Lederwaren, Holz- und Papierprodukten, Erdöl/Kohle/Mineralien sowie Chemikalien/

Gummi/Kunststoff. Auch für die anderen afrikanischen Staaten südlich der Sahara befürchtet man von der Doha-Runde einen Rückgang der Nachfrage nach ungelerner Arbeit, sowie einen Arbeitsplatzabbau in den Branchen Textilien/Bekleidung, Schuhe/Lederwaren, sonstige Produkte, Metalle und Metallprodukten, Kraftfahrzeugen und sonstigen Transportzubehör, elektronische Geräte sowie Maschinen (Tabelle 4).

**Tabelle 4: Drohende Auswirkungen der WTO-Runde auf Beschäftigung in Entwicklungsländern**

Sektoren mit Nettoarbeitsplatzverlusten	
Südafrika	Textilien, Schuhe u. Lederwaren, Holz- u. Papierprodukte, Erdöl, Kohle u. mineralische Produkte, Chemikalien, Gummi u. Plastikprodukte
Ostafrika	Textilien, Schuhe u. Lederwaren, Metalle u. Metallprodukte, Kraftfahrzeuge u. sonstige Transportausrüstung, elektronische Ausrüstung, sonstige Maschinen, Kommunikation, Gesundheit, Bildung u. öffentliche Dienste, Freizeit- u. sonstige Dienstleistungen
Rest v. Afrika südl. d. Sahara	Textilien/Bekleidung, Schuhe u. Lederwaren, sonstige Industrieprodukte, Metalle u. Metallprodukte, Kraftfahrzeuge u. sonstige Transportausrüstung, sonstige Maschinen
Naher Osten + Nordafrika	Sonstige Agrarprodukte, Getränke u. Tabakwaren, Textilien/Bekleidung, Schuhe u. Lederwaren
Russland u. frühere SU	Zucker, Textilien/Bekleidung, Schuhe u. Lederwaren, elektronische Ausrüstung, sonstige Maschinen
Brasilien	Gemüse und Früchte, sonstige Agrarprodukte, Textilien, Schuhe u. Lederwaren, sonstige Industrieprodukte, Chemikalien, Gummi- u. Plastikprodukte, Metalle u. Metallprodukte, elektronische Ausrüstung, sonstige Maschinen
Mexiko	Korn, Ölpflanzen, Textilien/Bekleidung, Schuhe u. Lederwaren, sonstige Industrieprodukte
Argentinien	Gemüse und Früchte, sonstige Agrarprodukte, Textilien/Bekleidung, Schuhe u. Lederwaren, sonstige Industrieprodukte, Chemikalien, Gummi- u. Plastikprodukte, Metalle u. Metallprodukte, elektronische Ausrüstung, sonstige Maschinen
Rest v. Lateinamerika	Sonstige Agrarprodukte, Textilien, Schuhe u. Lederwaren, sonstige Industrieprodukte, Chemikalien, Gummi u. Plastikprodukte, Kraftfahrzeuge u. sonstige Transportausrüstung, elektronische Ausrüstung, sonstige Maschinen
Mittelamerika u. d. Karibik	Sonstige Agrarprodukte, Schuhe u. Lederwaren, sonstige Industrieprodukte, Holz- u. Papierprodukte, Erdöl, Kohle- u. Mineralprodukte, Chemikalien, Gummi- u. Plastikprodukte, Metalle u. Metallprodukte
Indien	Verarbeitete Lebensmittel, Metalle u. Metallprodukte
Bangladesch	Schuhe u. Lederwaren
Rest von Südasien	Zucker, verarbeitete Lebensmittel, Holz- u. Papierprodukte, Erdöl, Kohle- u. Mineralprodukte, Chemikalien, Gummi- u. Plastikprodukte, Metalle u. Metallprodukte, Kraftfahrzeuge u. sonstige Transportausrüstung, elektronische Ausrüstung, sonstige Maschinen
China	Zucker
Indonesien	Sonstige Industrieprodukte, Metalle u. Metallprodukte, Kraftfahrzeuge u. sonstige Transportausrüstung
Vietnam	Vieh, Forstwirtschaft & Fischerei, Zucker, Getränke u. Tabakwaren, Erdöl, Kohle- u. Mineralprodukte, Kraftfahrzeuge u. sonstige Transportausrüstung
Rest von ASEAN	Sonstige Agrarprodukte, Metalle u. Metallprodukte, Kraftfahrzeuge u. sonstige Transportausrüstung

Hinweis: Branchen mit einem erwarteten Nettoverlust an Arbeitsplätzen von mehr als 1%, nach der von der EU- Kommission beauftragten Nachhaltigkeitsprüfung der Doha-Runde.

Quelle: C Kirkpatrick, C. George and S. Scriciu, Sustainability Impact Assessment of Proposed WTO Negotiations: Final Global Overview Trade SIA of the Doha Development Agenda, IDPM, 2006

## 5. „Global Europe“: Die neue Handelsstrategie der EU

Die neue „Global Europe“-Strategie der EU setzt auf ungebremsen Marktzugang für EU-Konzerne.

2006 stellte die Europäische Kommission ihre neue Handelsstrategie mit dem Titel „Global Europe“ (dt. Titel: „Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt“) vor, die eine Vision für die internationalen Handelsbeziehungen der EU darlegt: Der maximale Zugang zu den globalen Märkten müsse für europäische Unternehmen gesichert werden und die EU-Märkte müssten sich dem ausländischen Kapital öffnen. Die Kommission vertritt die Ansicht, nur über die verstärkte Ausfuhr von Waren mit hoher Wertschöpfung sei das in der EU herrschende Niveau an Beschäftigung, Entlohnung und Sozialnormen aufrechtzuerhalten. Da die EU ihre Ziele bei den WTO-Verhandlungen nicht erreicht habe, müsse eine neue Generation bilateraler bzw. regionaler Freihandels- und Investitionsabkommen mit möglichst vielen Ländern geschaffen werden, um diese Ziele doch noch zu verwirklichen. So hat die EU seither teils neue, teils bereits früher begonnene Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit Indien, Südkorea, mit den ASEAN-Staaten, Mittelamerika und den Andenstaaten, mit dem Mercosur, sowie mit den AKP-Ländern (Afrika, Karibik, Pazifik) dem Golfkooperationsrat und den Mittelmeeranrainern geführt. Ein besonderes Gewicht legte die „Global Europe“-Strategie auch auf China, empfahl hier allerdings nicht die Aufnahme von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen, sondern einen differenzierten Kurs (Reckordt 2009). Ohne Rücksicht auf mögliche negative entwicklungspolitische Auswirkungen solcher Vereinbarungen macht die EU in den Verhandlungen Druck, um neue Bereiche von Dienstleistungen, Investitionen und der öffentlichen Beschaffung in die Verträge einzubeziehen, die bisher in den Entwicklungsländern geschützt waren. Mit den neuen Freihandelsabkommen soll auch versucht werden, europäischen Firmen zusätzliche Rechte auf so genanntes „geistiges Eigentum“ zu

sichern sowie die Investitions- und Wettbewerbspolitik zu liberalisieren.

Das **EU-Assoziationsabkommen mit Chile** trat am 1. Februar 2003 in Kraft. Schon damals gab es Befürchtungen über Arbeitsplatzverluste in den Industrie- und Dienstleistungssektoren des Landes. Sowohl Fach- als auch ungelernete Arbeiter in den Raffinerien und Stahlwerken, in der Automobil-, Elektronik- und Maschinenbauindustrie, in der Strom-, Wasser-, Handels- und Transportwirtschaft sowie in der Datenübertragung und in den „sonstigen Dienstleistungen“ müssen um ihre Jobs bangen. In den Branchen Textilien/Bekleidung, Leder, Papier und Betriebsdienstleistungen erwartet man Arbeitsplatzverluste unter den ungelerten Arbeiterinnen und Arbeitern.

Das Ziel der **EU-Mittelmeer-Verhandlungen** war es, bis 2010 eine Freihandelsregion zu schaffen – allerdings ist absehbar, dass dieser Prozess länger dauern wird. Er würde mit hoher Wahrscheinlichkeit den Zusammenbruch des herstellenden Gewerbes in Ägypten, Marokko, Algerien und Tunesien, sowie dessen massiven Abbau in Syrien, Jordanien und dem Libanon verursachen. Insgesamt erwartet man, dass Ägypten 1,5 Millionen, Marokko 790.000 und Algerien 620.000 Arbeitsplätze verlieren werden. Sogar der am wenigsten betroffenen Türkei wird vorhergesagt, dass 110.000 Arbeitsplätze in der Produktion verloren gehen würden. All das sind die eigenen Prognosen der EU, deren Mitgliedsregierungen, nicht zuletzt auch die deutsche, sich diese Freihandelszone wünschen. Zusätzliche Verluste werden auch für die Landwirtschaft, Dienstleistungs- und Viehhandelsbranchen dieser Länder vorhergesagt, bei geringeren Verlusten in den Bereichen Transport, Finanzen und Telekommunikation, hier insbesondere in Ägypten und Tunesien (vgl. Tabelle 5 u. 6).

**Tabelle 5: Auswirkung des geplanten EU-Mittelmeer-Freihandelsabkommens auf die Industrieproduktion (% Änderung)**

	Ägypten	Syrien & Jordanien	Marokko	Tunesien	Türkei
Lebensmittel, Getränke u. Tabakwaren	-96,9	-37,9	-98,5	-94,1	-34,1
Textilien/Bekleidung, Schuhe/Lederwaren	-99,7	-32,8	-73,2	-99,7	7,8
Holz, Möbel, Papier u. Druck	-95,3	-32,4	-85,8	-94,2	-2,5
Chemikalien, Benzin, Gummi u. Plastik	-28,4	-24,4	-20,6	-39,4	-1,6
Tonwaren, Glas usw.	-36,1	-14,2	-9,2	-15,7	-0,4
Eisen u. Stahl, Buntmetalle	-62,2	-23,9	-32,7	-77,6	-4,3
Nicht-elektrische Maschinen	-90,6	-16,2	-78,3	1.100	-5,9
Elektromaschinen	-85,4	-40,3	-55,4	-79,6	-2,6
Transportausrüstung	-62,4	-32,8	-52,1	-35,8	-9,3
Wissenschaftliche u. sonst. Ausrüstung	-35,4	-24,9	-23,9	-12,4	-23,8
<b>Gesamt, alle Industriebranchen</b>	<b>-69,6</b>	<b>-29,6</b>	<b>-64,1</b>	<b>-65,0</b>	<b>-6,0</b>

Mittelmeerstaaten von Deindustrialisierung bedroht.

Quelle: SIA-EMFTA Consortium, *Sustainability Impacts of the Euro-Mediterranean Free Trade Area: Final Report on Phase 2 of the SIA-EMFTA Project*, SIAEMFTA, Consortium, 2006

**Tabelle 6: Auswirkung des EU-Mittelmeer-Freihandelsabkommens auf Industriearbeit**

Voraussichtliche Netto-Arbeitsplatzverluste	
Ägypten	1.547.336
Marokko	794.216
Algerien	623.872
Tunesien	158.304
Syrien	130.069
Türkei	111.650
<b>Gesamtsumme</b>	<b>3.365.447</b>

Die EU-Nachhaltigkeitsanalyse für das **EU-Mercosur-Assoziationsabkommen** sagt eine Deindustrialisierung für alle Länder mit Ausnahme Venezuelas voraus, und zwar mit Arbeitsplatzverlusten in so gut wie allen Bereichen der Produktion, auch eine Lohnsenkung wird erwartet.

Die Arbeitslosigkeit ist bereits sehr hoch, besonders für Frauen und Jugendliche. Weit davon entfernt, sinnvolle Arbeit zu schaffen, würde das vorgeschlagene Abkommen für viele die Möglichkeit überhaupt Arbeit zu finden, auf absehbare Zeit zunichte machen (Vgl. Tabelle 7).

# GELD IST NICHT ALLES.

ZENSUR



Damit in unseren Publikationen alles steht,  
was wichtig ist. **SPENDEN Sie für WEED**

Diese Broschüre ist nur für Sie kostenlos. Aber die Autoren, unser Büro und die Druckkosten müssen bezahlt werden. Kritische Informationen sind nie kostenlos. WEED benötigt Ihre finanzielle Unterstützung, um weiterhin kritische und unbequeme Broschüren und Hintergrundtexte erstellen zu können. Ihre Spende für WEED ist steuerlich absetzbar, denn wir sind ein gemeinnütziger Verein. Auf <http://www.weed-online.org/about/spenden.html> können Sie bequem online spenden.

#### Besser als spenden: Werden Sie WEED-Mitglied!

Als Mitglied helfen Sie, dass WEED politisch unabhängig, kritisch und unbequem bleibt. Darüber hinaus informieren wir Sie regelmäßig über unsere Arbeit, über politische Ereignisse, Entscheidungen und Hintergründe in der Nord-Süd- und Umweltpolitik. Sie erhalten monatlich den Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, ca. 4 – 6 Sonderdienste zu Spezialthemen, sowie einen Mitglieder-Rabatt auf alle Publikationen. Als WEED - Mitglied sind Sie vernetzt mit Aktiven und Fachleuten aus Politik, Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen.

Sie möchten Mitglied werden? Einfach den unten stehenden Coupon ausfüllen und an: WEED e.V., Eldenaer Str. 60, 10247 Berlin senden.

Ja, ich möchte WEED - Mitglied werden! Die Mitgliedschaft beginnt am: 01. \_\_\_\_\_ 200\_\_\_\_, ich zahle:

- 10,40 EUR pro Monat - Standard-Beitrag (124 EUR pro Jahr)
- 5,20 EUR pro Monat ermäßigt (62 EUR pro Jahr) - für StudentInnen, Arbeitslose, etc.
- 300,- EUR pro Jahr Förder-Beitrag (d.h. ich erhalte automatisch jede neue WEED-Veröffentlichung kostenlos, zu allen öffentlichen Veranstaltungen von WEED werde ich persönlich eingeladen.)
- Ich unterstütze WEED zusätzlich, indem ich jährlich \_\_\_\_\_ spende.

Zahlungsweise:  jährlich  halbjährlich (nur bei vorliegender Einzugsermächtigung)

Ich erteile WEED bis auf Widerruf eine Einzugsermächtigung für den Mitgliedsbeitrag:

Name der Bank: \_\_\_\_\_ Konto-Nr.: \_\_\_\_\_ Bankleitzahl: \_\_\_\_\_

- Ich bin damit einverstanden, die Einladung zur Mitgliederversammlung per E-Mail zu erhalten.
- Ich möchte den Informationsbrief W&E zusätzlich zur gedruckten Ausgabe als PDF per E-Mail erhalten.
- Mir genügt es, den Informationsbrief W&E nur als PDF per E-Mail zu erhalten.

Name, Vorname: \_\_\_\_\_ Straße, Hausnummer: \_\_\_\_\_

Postleitzahl, Ort: \_\_\_\_\_ E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Tabelle 7: Auswirkung des EU-Mercosur-Abkommens auf die Beschäftigung (Änderungen in Prozent)**

	Argentinien	Brasilien	Paraguay	Uruguay	Venezuela
Textilien u. Bekleidung	-1,6	-6,1	-27,3	-15,7	-0,1
Papier	-1,9	-4,8	-20,9	-7,9	0,0
Chemikalien	-0,3	-4,5	-19,8	-5,5	2,1
Metalle	-3,8	-13,6	-18,0	-13,8	3,4
Kraftfahrzeuge	-9,9	-28,6	-66,4	-41,6	0,2
Transportausrüstung	3,9	-17,2	-63,0	-35,7	2,0
Maschinen	-15,4	-23,9	-57,3	-38,0	3,1

Quelle: Trade SIA of the Association Agreement under Negotiation between the European Community and Mercosur, Trade SIA EU-Mercosur Partners, 2007

Indien zwischen  
Weltmachtanspruch und  
Armutsbekämpfung

**Indien** betrachtet man inzwischen landläufig als Wirtschaft „im Kommen“, die die Globalisierung begrüßt und ihr in ihrem Rahmen souverän standhalten kann. Andererseits hat Indien mit 792 Millionen auch die weltweit höchste Zahl an Menschen, die in Armut leben. Zugleich macht seine Wirtschaftskraft nur 6% derer der EU aus. Die aktuelle globale Krise lässt inzwischen Zweifel in Indien keimen, ob eine so weitreichende Liberalisierungsvereinbarung wie die im EU-Indien-Freihandelsvertrag angestrebt werden sollte. Ohne Zweifel würde der Vertrag mit der EU die indische Regierung bei ihrer Politik der Bekämpfung der Armut und der Ungleichheit einschränken, etwa bei der Vergabe von Aufträgen an marginalisierte Gruppen bzw. an kleine und mittelständische Unternehmer, oder bei der Verpflichtung der Banken, den Armen Kredite bereitzustellen (Sharma 2009). Das Spannungsverhältnis zwischen Indiens Wunsch, eine Führungsmacht auf globaler Ebene zu sein und seine Verpflichtungen, die Armut im Lande zu bekämpfen, tritt sowohl bei bilateralen als auch bei multilateralen Verhandlungen zunehmend offensichtlicher zu Tage. Laut der Nachhaltigkeitsprüfung der EU würde das Freihandelsabkommen langfristig Arbeitsplatzverluste in allen wichtigen Branchen der indischen Wirtschaft mit sich bringen, in der Landwirtschaft, der Industrie und im Dienstleistungssektor. In der Produktion beträfe das die Verar-

beitung von Nahrungsmitteln, die Getränke- und Tabakbranchen, die Holzverarbeitung, das Papier- und Verlagswesen, sowie die Branchen Kraftfahrzeuge und Ersatzteile und Ausrüstung für den Verkehr. Indische Nichtregierungsorganisationen, der Gewerkschaftsbund AIUTC sowie Verbände der Bauern, Frauen und benachteiligten Kasten, haben 2008 in einer Stellungnahme auf diese Gefahr hingewiesen und den Abbruch der Verhandlungen mit der EU – auch wegen deren mangelnden Transparenz – gefordert.

Laut der Nachhaltigkeitsprüfung der EU ist zu erwarten, dass das **EU-China Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PCA)** in China zu Verlusten von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft sowie in den Branchen Maschinenbau, Chemikalien, Umweltprodukte und Dienstleistungen und Finanzdienstleistungen führt, also in Kernbranchen der chinesischen Ökonomie. Die Landwirtschaft beschäftigte 2005 noch 44,8% der werktätigen Bevölkerung, die Arbeitslosigkeit in diesem Bereich würde also verwandte Branchen in Mitleidenschaft ziehen. Im Maschinenbau würde das PCA Arbeit, Lohn und Arbeitsstandards für die über 8,1 Millionen hier arbeitenden Menschen bedrohen, insbesondere ungelernete Arbeiterinnen und Arbeiter wären betroffen. In der Chemie-Industrie mit ihren gut zehn Millionen Beschäftigten folgten bereits auf den WTO-Beitritt im Jahre 2001 massive Arbeitsplatzverluste.

Das **Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und Westafrika (EPA)** könnte nach einer von der EU in Auftrag gegebenen Studie „den Zusammenbruch des herstellenden Gewerbes, welches zurzeit das Rückgrat der modernen Wirtschaft der Region bildet und den Hauptarbeitgeber in den städtischen Zentren darstellt“ bedeuten (PriceWaterhouseCoopers). Auch für die Landwirtschaft Westafrikas hätte

das EPA negative Auswirkungen, und zwar wegen der hochsubventionierten Agrarprodukte der EU, die den westafrikanischen Markt überfluten würden. Die Einfuhr von Kartoffeln, Zwiebeln und Rindfleisch wird zum Beispiel voraussichtlich um 15%, 16% bzw. 17% zunehmen, was die einheimische Produktion beeinträchtigen und damit die Arbeitsplätze gefährden würde.

## Die Handelsliberalisierung und Arbeitsplätze in Europa

Parallel zur globalen Freihandelspolitik betreibt die EU auch innerhalb Europas eine Liberalisierungspolitik, die Arbeitsplätze gefährdet. Der Anteil der Arbeitslöhne am Nationaleinkommen in Europa ist seit 1980 scharf gesunken, teilweise als Folge der Massenarbeitslosigkeit und des abnehmenden Einflusses der Gewerkschaften, sowie unter dem Eindruck der Globalisierung. Die Arbeitslosigkeit in der EU stieg im Januar 2009 auf 7,6% (= 18,4 Millionen Menschen). Die Arbeitslosenquote in der EU ist höher als in anderen Industrieländern, unter Jugendlichen und Frauen ist sie besonders hoch.

Unternehmen aus den OECD-Ländern haben im Zuge der Globalisierung immer mehr Möglichkeiten gewonnen, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern (oder damit zu drohen). Dadurch haben sie in den meisten Fertigungs- und Dienstleistungsbranchen ihre Verhandlungs- und ggf. Erpressungsposition gegenüber ihren Belegschaften verbessert. Laut IWF hat die Vervielfachung der Arbeitnehmer auf dem globalen Markt seit 1980 dazu geführt, dass immer mehr Fertigwaren in die OECD eingeführt und immer mehr Produktionsstätten für Halbfertigwaren ins Ausland verlagert wurden, wodurch der Anteil der Arbeit am BIP der Industrieländer abgenommen hat. Eine Analyse der OECD hat ergeben, dass in ihren 30 Mitgliedsländern „der ausländische Wettbewerb in den Branchen, die ihm am stärksten ausgesetzt sind, zum Rückgang der Beschäftigung führt“. (OECD 2007) Zusammen mit dem aktuellen Rückgang der globaler Nachfrage, habe dies bereits zum enormen Anstieg der

Arbeitslosigkeit in den Industrieländern geführt: Bis 2010 sei eine Zunahme um gut acht Millionen auf insgesamt 42,1 Millionen zu erwarten. Die EU hat sich damit abgefunden, dass die Handelsliberalisierung „betriebsbedingte Arbeitsplatzverluste im großen Ausmaß, sowie ein[en] Abbau an Arbeitsbedingungen in der EU“ (Europäische Kommission) verursachen kann, ebenso wie „eine wesentliche Zunahme von Importen in die EU und ein rascher Rückgang des EU-Marktanteils in bestimmten Branchen, bzw. die Dislozierung in Drittländern“, was „eine beträchtlich ungünstige Auswirkung auf die regionale bzw. lokale Wirtschaft“ (EU-Parlament 2007) in den EU-Ländern habe. Arbeiterinnen und Arbeiter sowohl in kleinen und mittleren Unternehmen als auch in großen Unternehmen und multinationalen Konzernen können in „[allen] Mitgliedsstaaten, groß und klein, neu und alt“ wegen dieser „negativen Auswirkungen der Globalisierung“ (EU-Parlament 2007) ihre Arbeitsplätze verlieren. In Deutschland haben sich Reallöhne und Arbeitsbedingungen seit Mitte der 1990er Jahre mehr als irgendwo sonst in den wichtigen Industrieländern verschlechtert. Die hiesige Industrie konnte das jedoch als einen wesentlichen Wettbewerbsvorteil nutzen. In der Folge ist der chronisch positive deutsche Handelsbilanzüberschuss weiter gewachsen. 2008 betrug er 176,3 Milliarden Euro. Dieser Überschuss trägt nicht nur zu den gefährlichen Ungleichgewichten der Weltwirtschaft wesentlich bei, er bedeutet auch, dass Deutschland ständig einen Teil seiner Arbeitslosigkeit exportiert.

Die EU hat einen europäischen Glo-

Folgenreiche Liberalisierungspolitik auch innerhalb Europas

Sonderfall Deutschland: Der Exportweltmeister exportiert Arbeitslosigkeit.

Auch in Europa gibt es Arbeitsplatzverluste und Verlierer der Globalisierung.

balisierungsanpassungsfonds zur Abfederung der arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen von zukünftigen Maßnahmen zur Liberalisierung des internationalen Handels eingerichtet. Es handelt sich um einem Topf von 3,5 Milliarden Euro für Hilfen für bis zu 350.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den ersten sieben Jahren. Innerhalb von knapp zwei Jahren sind unter anderem Anträge aus folgenden Ländern eingegangen, die einige 10.000 Personen betreffen:

- aus Frankreich, wegen Produktionskürzungen bei Peugeot und Renault aufgrund gestiegener Importe von Kleinautos aus Asien,
- aus Spanien, als der US-amerikanische Autozulieferer wegen niedrigerer Arbeitskosten die Produktion nach Marokko verlagerte,
- aus Portugal, wo ebenfalls die drei nordamerikanischen Multis GM, Alcoa und Johnson Controls, die Produktion in Billiglohnländer verlagerten,
- aus Deutschland, aufgrund der Pleite der deutschen Tochter des taiwanesischen Handyherstellers BenQ, der ihr ein Jahr nach der Übernahme des ehemals zu Siemens gehörenden Werkes jede finanzielle Unterstützung entzog,
- aus Italien, als Tausenden von Textilarbeiterinnen und Textilarbeitern in Folge der Globalisierung gekündigt wurde. Auch in Litauen und auf Malta spürt man die Auswirkungen der großflächigen Verlagerung der Textilien- und Bekleidungsproduktion der EU in Billiglohnländer.

Die Nachhaltigkeitsprüfungen der EU konnten feststellen, dass durch einen WTO-Vertrag in Zukunft bei den 15 älteren EU-Mitgliedern (EU-15) Arbeitsplatzverluste in den Agrarbereichen Korn-, Zucker- und Rapsanbau, sowie in der Viehhaltung, bei Fleisch- und Milchprodukten und in der Lebensmittelverarbeitung sowie in der Bekleidungsindustrie zu erwarten sind. Für die EU-10-Staaten (die neuen Mitglieder) trifft das gleiche für den Obst- und Gemüseanbau, die sonstigen Agrarprodukte und die Branchen Textilien/Bekleidung, Schuhe/Lederwaren und Kraftfahrzeuge und sonstige Verkehrsausrüstung zu. Auch die neuen bilateralen Freihandelsabkommen der EU werden vermutlich zu Arbeitsplatzverlusten in der Landwirtschaft sowie im herstellenden Gewerbe führen. Das EU-Mittelmeer-Abkommen würde in den südlichen Ländern der EU zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit im ländlichen Raum führen, das EU-Mercosur-Abkommen hätte den Rückgang der Beschäftigung in der Landwirtschaft der EU sowie in der Nahrungsmittelverarbeitung zur Folge. Der EU-China-Kooperationsvertrag würde zum Abbau von Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe insbesondere der neuen EU-Mitgliedsstaaten Süd- und Mitteleuropas führen.



**Tabelle 8: Arbeitsplatzverluste durch Auslandsverlagerung als Prozent aller Verluste durch die Umstrukturierung, 2003 bis 2006 (einschl. Verlagerungen innerhalb der EU)**

EU	7,9 (=194.290)	Betroffene Sektoren insbes.: Bankwesen, Kraftfahrzeugbau, Elektromaschinen, Chemie, Pharma und Raffinerien, EDV, Fernsehen, Radio, Telekommunikation u.a. elektr. Ausrüstung; Produktion: Hauptsächlich nach Osteuropa; Dienstleistungen: Hauptsächlich nach Asien
Portugal	25,6	Kraftfahrzeuge, Elektromaschinen, Telekommunikation
Irland	24,6	Elektromaschinen
Dänemark	16,5	
Slowenien	14,1	
Estland	14,0	
Finnland	9,7	Elektromaschinen
Slowakei	9,0	
Großbritannien	8,9	
Deutschland, Schweden, Frankreich		Kraftfahrzeuge (Frankreich: auch Elektromaschinen)
Italien		Textilien/Bekleidung
neuen EU-Mitgliedsstaaten		Textilien/Bekleidung, Schuhe/Lederwaren
Belgien		Büromaschinen

Quelle: *ERM Report 2007*, European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, 2007

„Global Europe“ und Handelsliberalisierung kein Weg zu ‚guter Arbeit‘ – Alternativen sind gefragt!

Die Strategie „Global Europe“ wurde von der EU mit der Begründung vorgelegt, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu stärken und somit zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen beizutragen. Allerdings fußt die Strategie im wesentlichen auf einer weiteren Liberalisierung des Handels und der Investitionen, also einer Förderung der weltmarktorientierten Teile des europäischen Kapitals. Wie im vorliegenden Bericht dargestellt, droht sie damit vielfach dem Ziel der Beschäftigungssicherung genau entgegen zu wirken - oder aber die Sicherung europäischer Wirtschaftsinteressen mit harten Arbeitsplatz- und anderen ökonomischen Verlusten in den Partnerländern zu erkaufen.

Die Handelsliberalisierung fördert keine langfristigen strukturellen Verbesserungen für die werktätige Bevölkerung, sondern bewirkt eine Verringerung der Zahl der sicheren Arbeitsplätze. Außerdem führt sie zu einem „Wettkampf nach unten“, den die Unternehmen nutzen, indem sie auf der Suche nach billigen Löhnen und laschen Umweltstandards

von einem Land ins nächste ziehen, wie es ITUC im Juli 2008 festgestellt hat. Die bisweilen in Handelsabkommen eingefügten Sozialklauseln haben sich als wirkungslose Trostpflaster erwiesen, da sie am grundsätzlichen Problem der Zerstörung ganzer Branchen vorbeizielten. Die dreifache Bedrohung von Arbeitsplätzen, Lebensunterhalt und Entwicklung hat eine globale Widerstandsbewegung gegen die Agenda des freien Handels hervorgerufen. Neben den vielen Millionen Industriearbeitern, die gegen die Freihandelsabkommen protestieren, haben auch Millionen von Bauern verstanden, dass sie in der Schusslinie der Marktradikalen stehen. Im Rahmen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise zerbröckelt die Legitimität des neoliberalen Modells zunehmend. Wir müssen daher die Gelegenheit ergreifen, es durch einen neuen Denkansatz zu ersetzen, in dem die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und ökologischen Rechte der Menschen Vorrang vor den Interessen und Gewinnen des transnationalen Kapitals erhalten.

Hinweis: Ausführliche Fußnoten und weitere Literaturangaben finden sich in der englischen Originalfassung dieses Textes (War on Want 2009: Trading away our Jobs. London, [www.waronwant.org](http://www.waronwant.org)).

- Amsden, AH 2001:** The Rise of the Rest: Challenges to the West from Late-Industrializing Economies, Oxford University Press, New York.
- Chang, H.-J. 2002:** Kicking Away the Ladder: Development Strategy in Historical Perspective, Anthem Press, London
- ECORYS Research and Consulting/CUTS/CENTAD 2008:** Phase 1: Global Analysis Report for the EU-India TSIA (Global Analysis Report - Draft Version), 21 May 2008
- Edwards, S. 1982:** Trade Liberalization, Minimum Wages and Employment in the Short Run: Some Reflections based on the Chilean Experience, UCLA Department of Economics, Los Angeles.
- Edwards, S. and A Cox Edwards 1996:** Trade Liberalization and Unemployment: Policy Issues and Evidence from Chile, in: Cuadernos de Economía: Latin American Journal of Economics, Vol 33, No 99 (1996), S. 227-50.
- Fuchs, P. 2007:** Global Europe - Die neue EU-Handelspolitik im Wahn der Wettbewerbsfähigkeit. Forum Umwelt & Entwicklung/WEED. Bonn/Berlin ([www.forumue.de](http://www.forumue.de)).
- Hilary, J. 2005:** The Doha Deindustrialisation Agenda: Non-Agricultural Market Access Negotiations at the WTO, War on Want, London.
- ILO 2008:** Global Employment Trends: January 2008, Geneva.
- ILO 2009:** Global Employment Trends. Geneva.
- ITUC 2008:** WTO Ministerial: serious jobs impact in developing countries, Press release, 24 July 2008
- Jawara, F. and Kwa A. 2003:** Behind the Scenes at theWTO: The real world of international trade negotiations, Zed Books, London.
- Kirkpatrick, C./ George, C. and S Scrieciú 2006:** Sustainability Impact Assessment of Proposed WTO Negotiations: Final Global Overview Trade SIA of the Doha Development Agenda, IDPM, Manchester.
- Mandelson, P. 2006:** Europe Competing in the World, Churchill Lecture, Federal Foreign Office, Berlin, 18 September 2006.
- Márquez, G. and Pagés, C. 1997:** Trade and Employment: Evidence from Latin America and the Caribbean, Inter-American Development Bank, Washington DC.
- Mesquita Moreira, M. and S Najberg 2000:** Trade Liberalisation in Brazil: Creating or Exporting Jobs?, Journal of Development Studies, Vol. 36, No. 3 (2000), S. 78-99.
- Ndulo, M. and D Mudenda 2006:** Trade Policy Reform and Adjustment in Zambia, in: Fernandez de Cordoba, S. and Laird, S. (Eds) 2006: Coping with Trade Reforms: A Developing-Country Perspective on the WTO Industrial Tariff Negotiations, UNCTAD, Geneva.
- Onaran, Ö. 2008:** The Effects of Globalization on Employment, Wages and the Wage Share in Austria, Wirtschaftsuniversität Wien.
- Palma, J Gabriel 2005:** The seven main "stylized facts" of the Mexican economy since trade liberalization and NAFTA, in: Industrial and Corporate Change, Vol. 14, No. 6 (2005), S. 941-91.
- Pastor, M. 1987:** The Effects of IMF Programs in the Third World: Debate and Evidence from Latin America, in: World Development, Vol 15, No 2 (1987), S. 249-62
- Powell, S. 2008:** The EU-India FTA: initial observations from a development perspective, Traidcraft, London, 2008
- PricewaterhouseCoopers 2003:** Sustainability Impact Assessment (SIA) of trade negotiations of the EU-ACP Economic Partnership Agreements (Working draft), 1 October 2003

- PricewaterhouseCoopers 2004:** Sustainability Impact Assessment (SIA) of the EU-ACP Economic Partnership Agreements: Regional SIA: West African ACP Countries (Final Report (revised)), 30 January 2004;
- PricewaterhouseCoopers 2005:** Sustainability Impact Assessment (SIA) of the EU-ACP Economic Partnership Agreements: Phase Two (Final report (revised)), 27 July 2005
- Rama, M. 2003:** Globalization and Workers in Developing Countries, World Bank, Washington DC.
- Reckordt, Michael 2009:** Europas Angriff auf die chinesische Mauer. WEED, Berlin.
- Revenge, A. 1997:** Employment and Wages Effects of Trade Liberalization: The Case of Mexican Manufacturing, in: Journal of Labor Economics, Vol. 15, No. 3, Pt. 2 (1997), S 520-543.
- Robbins, DJ 1996:** HOS Hits Facts: Facts Win; Evidence on Trade and Wages in the Developing World, Harvard Institute for International Development, Cambridge, MA.
- Shafaeddin, SM 2005:** Trade Liberalization and Economic Reform in Developing Countries: Structural Change or De-Industrialization?, UNCTAD, Geneva.
- Sharma, Shefali 2009:** Die Fesseln des EU-Indien-Freihandelsabkommens. Die indische Wirtschaft im Visier der europäischen Union. Hrsg. von EED & WEED, Bonn/Berlin.
- SIA-EMFTA Consortium 2006:** Sustainability Impacts of the Euro-Mediterranean Free Trade Area: Final Report on Phase 2 of the SIA-EMFTA Project (March 2006 (Revision)).
- Trade SIA EU-Mercosur Partners 2007:** Trade SIA of the Association Agreement under Negotiation between the European Community and Mercosur: Update of the Overall Preliminary Trade SIA EU-Mercosur (Final Report (Revised), 2007 ([www.sia-trade.org/mercosur](http://www.sia-trade.org/mercosur))).
- UN Economic Commission for Latin America and the Caribbean 2002:** Social Panorama of Latin America 2000-2001, Santiago.



